

## **innogy SE**

**Essen**

### **Stellungnahme des Vorstands zum Gegenantrag des Dachverbands der kritische Aktivistinnen und Aktionäre e.V. zu den Punkten 3 und 4 der Tagesordnung der Hauptversammlung der innogy SE am 24. April 2018**

Die von der Gegenantragstellerin als Umkehr empfundene Transaktion ist von innogy weder gesteuert noch vorangetrieben worden. Es handelt sich vielmehr um eine von RWE und E.ON geplante Aufteilung der Gesellschaft. Der Vorstand sieht innogy weiterhin – auch in dem im Gegenantrag schwerpunktmäßig angesprochenen Bereich der erneuerbaren Energien – als schlagkräftiges Unternehmen und gut gerüstet für die Chancen, die sich aus der Energiewende ergeben. Insofern haben wir auch keinen Grund, daran zu zweifeln, dass die Trennung von RWE im Rahmen des Börsengangs 2016 der richtige Schritt war.

Da innogy über verschiedene Geschäftsaktivitäten verfügt, liegt es in der Natur der Sache, dass nicht nur in Erneuerbare Energien investiert werden kann. So müssen und wollen wir z.B. auch in unsere – für das Gelingen der Energiewende zentralen – Verteilnetze investieren, um dort nicht nur den *status quo* zu erhalten, sondern für zukünftige Herausforderungen (Stichwort: Digitalisierung) gewappnet zu sein. Tatsächlich ist es im Übrigen so, dass die Mehrheit aller über den Bestandserhalt geplanten Wachstums-Investitionen in den Bereich Erneuerbare Energien fließen.

Was die angebliche Vorteilhaftigkeit einer dezentralen Energieerzeugung an Land betrifft, so ist festzuhalten, dass eine ausschließliche Betrachtung nur der Kostenseite beim Vergleich von Wind Offshore gegenüber dezentraler Energieversorgung, z.B. durch Wind Onshore, einseitig ist. Offshore-Windkraftanlagen weisen durchschnittlich eine weitaus höhere Windertragsausbeute auf als Anlagen an Land. Schlussendlich müssen Kosten und Ertrag in Relation betrachtet werden, und genau das ist auch die Basis für die ökonomischen Aspekte unserer Investitionsentscheidungen. Dies zeigt das im Gegenantrag ausdrücklich genannte Beispiel Triton Knoll auf eindrucksvolle Weise: Es handelt sich um ein hochprofitables Wind Offshore-Projekt, welches im Markt größtes Interesse hergerufen hat und weiterhin hervorruft.

Sollte die zwischen RWE und E.ON geplante Transaktion umgesetzt werden, liegt der im Gegenantrag angesprochene Abbau von Arbeitsplätzen in der Verantwortung von E.ON. innogy hat sich dafür eingesetzt und wird sich weiter dafür einsetzen, dass möglichst alle Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Wir halten den Gegenantrag für unbegründet und werden uns hierzu in der Hauptversammlung unter Umständen ergänzend äußern.

Essen, im April 2018

innogy SE

Der Vorstand